

16.05.2018

Position des Bundesgesundheitsministeriums zur Telematik-Infrastruktur

Nach z. T. irritierenden Medienveröffentlichungen über ein mögliches „Aus“ der elektronischen Gesundheitskarte hat das Bundesministerium für Gesundheit am 14.5.2018 in einem Schreiben an die Selbstverwaltungspartner klargestellt, dass nicht geplant sei, die Telematik-Infrastruktur aufzugeben.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat am 14.5.2018 in einem Schreiben deutlich gemacht, dass es nicht plane, die Telematik-Infrastruktur aufzugeben. Hintergrund hierfür war, dass Äußerungen des Bundesministers für Gesundheit in einigen Medien als „Ende der Telematikinfrastruktur“ überinterpretiert worden sind.

Das BMG betont, dass an der Telematikinfrastruktur als Basis für alle weiteren Digitalisierungsvorhaben im Gesundheitswesen festgehalten werde. Es fordert alle Beteiligten auf, an der beschleunigten Einführung eines sicheren gemeinsamen Netzes mitzuwirken. Allerdings solle der Zugang der Versicherten zu den eigenen Daten vereinfacht werden, etwa durch Nutzbarkeit von Apps auf mobilen Endgeräten. An den Zugangsmöglichkeiten der Leistungserbringer über Konnektoren und Kartenlesegeräte solle nichts geändert werden. Es werde lediglich für die Versicherten ein zusätzlicher Weg geschaffen.

Zuletzt wird angekündigt, die strukturellen und organisatorischen Zusammenhänge in der Telematik zu prüfen mit dem Ziel, Entscheidungen schneller zu treffen, die Anwendungen stärker von den Versicherten her zu denken und einen „regulierten Wettbewerb“ zu nutzen, um Innovationen zu fördern. Letzteres könnte als eine Bestätigung des von den Gesellschaftern der Telematik schon beschlossenen Marktmodells verstanden werden.

Für die Krankenhäuser ist diese Klarstellung zu begrüßen. Heutige Planungen und Vorbereitungen zur Anbindung an die Telematikinfrastruktur können fortgesetzt werden. Die angestrebte stärkere Berücksichtigung der Versicherteninteressen kann ggf. auch dazu führen, die Abläufe für die Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern zu vereinfachen und den Bedürfnissen der Krankenhauspraxis entgegenzukommen.